

Internationaler Aktionstag gegen die türkische Invasion in Nordsyrien

Unter Bruch des Völkerrechts sind türkische Truppen gemeinsam mit tausenden Dschihadisten und islamistischen Söldnern in Afrin einmarschiert. Wochenlang hatten türkische Kampfjets den Kanton in Nordsyrien bombardiert, hunderte Zivilisten getötet und tausende Kurdinnen und Kurden in die Flucht getrieben. Der türkische Staat hat Afrin, eine friedliche Oase in einem kriegszerütteten Land, das eine Zufluchtsstätte und eine Hochburg des demokratisch-konföderalen Projekts war, besetzt. Deutsche Leopardpanzer kontrollieren jetzt die Straßen und schützen die mordenden und plündernden islamistischen Terrorgruppen.

Am alarmierendsten sind die Hinweise auf Pläne für eine umfassende ethnische Säuberung dieser Region. Bereits kurz nach Beginn der türkischen Invasion in Afrin hatte Erdogan angekündigt, Nordsyrien bis zur irakischen Grenze „von Terroristen zu säubern“. „Wir werden die Operation in Afrin fortsetzen, bis wir unsere Ziele erreicht haben (. . .) Danach werden wir Manbij von Terroristen säubern. Danach werden wir weiter kämpfen bis zur irakischen Grenze, so lange bis kein Terrorist mehr übrig bleibt“. ⁽¹⁾ Anfang März erklärte der türkische Außenminister, den Krieg gegen die Kurden auch auf den Nordirak auszudehnen.

BRECHT DAS SCHWEIGEN!

Trotz verbaler Kritik am völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei haben weder Deutschland noch die EU, weder Russland, die USA noch die NATO-Staaten irgendetwas getan, um den Einmarsch der Türkei in Syrien zu verhindern. Und auch jetzt schweigen sie zur illegalen Besetzung Afrins und zu den weiteren Eroberungsplänen Erdogans.

Seit mehr als 30 Jahren führt der türkische Staat einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung – mit Kampfpanzern „Made in Germany“ und allem, was die deutsche Rüstungsindustrie zu bieten hat. Kurdinnen und Kurden werden wie in der Türkei von deutschen Staatsorganen kriminalisiert. Der Bundesregierung und der EU sind die Waffengeschäfte und die Hilfe bei der Flüchtlingsabwehr wichtiger als Menschenrechte und Völkerrecht.

Brüssel zahlt jetzt an Erdogan weitere drei Milliarden Euro für den 2016 mit der Türkei abgeschlossenen Flüchtlingsdeal und hat zusätzlich gerade 36 Millionen Euro für die Fertigung gepanzerter Militärfahrzeuge an die Türkei überwiesen, die an der Grenze zu Syrien zum Einsatz kommen. ⁽²⁾ Die Bundesregierung hat noch während der Angriffe auf Afrin Rüstungsexporte im Wert von 4,4 Millionen Euro in die Türkei genehmigt. ⁽³⁾

SOLIDARISIERT EUCH!

Der Widerstand der selbstverwalteten Kantone von Rojava/Kobane gegen die Verbrecher des IS hat das demokratische Bündnisprojekt, für das die kurdische Freiheitsbewegung kämpft, der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht. Die demokratische Selbstverwaltung ist die Alternative zur autoritären Staatsführung, gegen die Politik der Großmächte, die ausschließlich ihre eigenen geopolitischen Interessen verfolgen, und zur damit verbundenen Spirale von Gewalt und Tyrannei, welche den Nahen und Mittleren Osten verschlingt.

- **Wir rufen auf zur Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden und allen anderen demokratischen Kräften in Syrien.**
- **Die türkischen Invasoren müssen zum Rückzug aus Nordsyrien gezwungen werden.**
- **Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei und Freiheit für Abdullah Öcalan.**
- **Wir fordern von der Bundesregierung die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen an die Türkei, die Aufhebung des PKK-Verbots und die Beendigung aller Repressionen gegen die Kurdinnen und Kurden in Deutschland.**

1.) Tagesschau, 26.01.2018: <http://www.tagesschau.de/ausland/erdogan-nordsyrien-103.html>

2.) <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-unterstuetzt-tuerkei-bei-der-aufreueung-ihrer-grenzen-a-1199535.html>

3.) Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der GRÜNEN, dpa 15.03.2018

Internationaler Aufruf zum Aktionstag am 26. Mai 2018
<http://civaka-azad.org/>

**Kommt zur Kundgebung und Mahnwache
am Samstag, den 26. Mai 2018
um 14 Uhr auf den Marienplatz in München**

**Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
Bündnis – Hände weg von Afrin**

Grußbotschaften und Solidaritätsadressen bitte an:
<claus.schreer@t-online.de> Fax: 089 - 168 94 15

BÜNDNIS-SPENDENKONTO

C. Schreer, IBAN: DE44 7001 0080 0348 3358 09, Stichwort: Afrin